



Aktualisierung und Erweiterung der Studie „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“

Steuern, Transfers und Einkommen in der Schweiz

Sozialpolitischer Kommentar

1. Die Studie der SKOS zu den frei verfügbaren Einkommen kommt zu zwei markanten Resultaten:
 - Der Range bei den frei verfügbaren Einkommen, also die Differenz zwischen dem günstigsten und dem ungünstigsten Kantonshauptort ist bei allen untersuchten Falltypen trotz einer leichten Konvergenz seit der ersten Studie vor vier Jahren nach wie vor sehr gross.
 - Bei den meisten untersuchten Falltypen und Kantonshauptorten sind bei steigendem Bruttolohn systembedingte Ungerechtigkeiten im Verlauf des frei verfügbaren Einkommens jenseits des Bereichs der Sozialhilfe zu beobachten. Die Wirtschaftswissenschaft spricht in solchen Fällen von negativen Arbeitsanreizen.

2. Wenn der Range, und damit der Einfluss des Wohnortes auf das frei verfügbare Einkommen kleiner werden soll, können verschiedene Massnahmen ergriffen werden:
 - Sozialtransfers können Schweiz weit harmonisiert werden. So wird aktuell über eine Bundesregelung bei der Alimentenbevorschussung und eine Ausweitung der Ergänzungsleistungen auf armutsgefährdete Familien diskutiert.
 - Für Sozialtransfers können Schweiz weit minimale Leistungsziele festgelegt werden. Dies ist kürzlich für die Kinderzulagen erfolgt. Ähnliches wird im Zusammenhang mit dem Sozialziel bei der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung diskutiert.
 - Tiefe Einkommen können bei der Steuer stärker entlastet werden. Dabei steht die Befreiung des Existenzminimums von der Steuerzahlung sowie höhere Abzüge für Familien und die Berücksichtigung der Ausgaben für die familienergänzenden Kinderbetreuung als Gestehungskosten im Vordergrund.

Deutlich wird, dass die meisten Massnahmen, die hier aufgelistet sind, für eine familienfreundlichere Ausgestaltung des Steuer- und Transfersystems sprechen. Die SKOS macht sich seit geraumer Zeit für diese Anliegen stark.

3. Systembedingte Ungerechtigkeiten treten dort auf, wo nahe beieinander liegende Bruttolöhne zu markant unterschiedlich hohen frei verfügbaren Einkommen führen. Solche Einkommensbereiche mit negativen Anreizen zur Erwerbsarbeit ergeben sich aus der Regelung der einzelnen Sozialtransfers und dem Zusammenwirken des Abgaben- und Transfersystems. Insbesondere machen sich stufenförmig ausgestaltete Transferleistungen in markanten Einbrüchen beim Verlauf des frei verfügbaren Einkommens bemerkbar. Aber auch Transferleistungen, die im gleichen Mass abnehmen wie der Bruttolohn steigt, setzen wenig Anreize für eine Ausdehnung der Beschäftigung. Die Studie macht damit

deutlich, dass die Frage der richtigen Anreize zur Erwerbsarbeit nicht einfach ein Thema der Sozialhilfe ist, sondern sich bereits beim Zusammenspiel des kantonalen Steuer- und Transfersystems mit grosser Dringlichkeit stellt.

4. Verbesserungen sind nötig und möglich, doch muss immer die Gesamtwirkung von Änderungen bei einzelnen Transferleistungen und den Steuern auf das frei verfügbare Einkommen beachtet werden. Vor raschen Anpassungen bei einzelnen Sozialleistungen ist darum zu warnen. Solche Veränderungen können sich im gesamten Wirkungszusammenhang als kontraproduktiv erweisen. Besser ist es, das nun vorliegende Berechnungs- und Simulationsmodell von SKOS und Interface zur Prüfung der verschiedenen Verbesserungsvorschläge zu nutzen, und auf dieser Analyse aufbauend, eine kohärente sozialpolitische Strategie zu formulieren. Damit kann die kommende sozialpolitische Diskussion objektiviert und für jeden Kantonshauptort spezifiziert werden.

5. Nicht möglich mit diesem Simulationsmodell ist eine Kostenabschätzung solcher Verbesserungen. Dazu braucht es Informationen zur Einkommensverteilung bei den verschiedenen Falltypen. Solche Angaben könnten aus der Steuerstatistik der Kantone gewonnen werden, falls die entsprechenden Daten in den Kantonen verfügbar sind.

Dr. C. Knöpfel, Projektleitung
Mai 2007